

Antrag

der Fraktion der SPD

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Beratertätigkeit des Herrn Landrat a. D. Hans Volle für die Landesregierung

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob und falls ja, seit welchem Zeitpunkt Herr Landrat a. D. Hans Volle für die Landesregierung als Berater tätig ist und bei welchen Aufgaben er die Landesregierung bisher beraten hat;
2. ob und falls ja, in welcher Höhe der Landrat a. D. Entschädigungen für seine Beratertätigkeit von der Landesregierung erhalten hat bzw. erhält;
3. ob es zutrifft, dass der Ministerpräsident Herrn Landrat a. D. Volle künftig als Ombudsmann für Bürokratieabbau berufen will und falls ja, welche Entschädigung Herr Volle für diese Tätigkeit erhalten soll.

27. 10. 2003

Drexler, Stickelberger, Junginger
und Fraktion

Begründung

Nach Presseberichten ist Herr Landrat a. D. Hans Volle als Berater der Landesregierung tätig und bezieht dafür „eine kleine Entschädigung, die nicht der Rede wert ist“ (Stuttgarter Zeitung, 14. Oktober 2003). Darüber hinaus war der Presse zu entnehmen, dass Herr Ministerpräsident Teufel seinen Freund Herrn Landrat a. D. Volle auch zum Ombudsmann für Bürokratieabbau berufen will.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 19. November 2003 Nr. I-0144.5/P13 nimmt das Staatsministerium für die Landesregierung wie folgt Stellung:

1. ob und falls ja, seit welchem Zeitpunkt Herr Landrat a. D. Hans Volle für die Landesregierung als Berater tätig ist und bei welchen Aufgaben er die Landesregierung bisher beraten hat;

Herr Landrat a. D. Hans Volle ist seit 20. Februar 2003 als Berater für das Staatsministerium tätig. Seine Beratertätigkeit umfasst die Gebiete Entbürokratisierung, Deregulierung und Verwaltungsreform.

2. ob und falls ja, in welcher Höhe der Landrat a. D. Entschädigungen für seine Beratertätigkeit von der Landesregierung erhalten hat bzw. erhält;

Herr Landrat a. D. Hans Volle erhält für seine Tätigkeit ein Honorar von 1.500 € pro Monat und Kostenersatz (22 Cent/km) für Fahrten nach Stuttgart im Rahmen seiner Beratertätigkeit.

3. ob es zutrifft, dass der Ministerpräsident Herrn Landrat a. D. Volle künftig als Ombudsmann für Bürokratieabbau berufen will und falls ja, welche Entschädigung Herr Volle für diese Tätigkeit erhalten soll.

Nein.

Dr. Christoph-E. Palmer
Minister des Staatsministeriums
und europäischen Angelegenheiten